

# Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

## Das billigste Blatt

in Danzig ist der „Danziger Courier“. Er kostet monatlich nur 20 Pfennig bei Abholung von der Expedition, Kettnerhagergasse 4 und den Abholestellen. Für 30 Pfennig monatlich wird er täglich durch unsere Botensfrauen in's Haus gebracht.

### Griechenland-Arta.

Die letzte Hoffnung Griechenlands auf einen Erfolg des europäischen Concerts ist gründlich zerstört worden, nachdem die bedeutende Mehrheit der französischen Räther sich vorgestern mit der Politik Hanotaux, d. h. mit dem Anschluss Frankreichs an die Mächte einverstanden erklärt hat, ein Vorgehen, dem gestern auch der französische Senat mit der noch höheren Stimmenmehrheit von 240 gegen 32 gefolgt ist. Die gemäßigten Pariser Blätter sprechen ihre Befriedigung über dieses Parlamentsvotum aus und hoffen, es werde dem Einvernehmen der Mächte gelingen, den Frieden zu erhalten. Einzelne Organe verhehlen jedoch nicht ihre ernsten Besorgnisse über die Folgen der griechischen Kriegsdrohungen. Der „Figaro“ ist überzeugt, die öffentliche Meinung werde dem Minister des Auswärtigen Hanotaux nunmehr Gerechtigkeit angedeihen lassen, welcher durch eine feste und kluge Politik Frankreich eine ehrenvolle Stellung gegenüber Europa verschafft habe. Der „Eclair“ sagt, Griechenland habe durch seine Kriegsdrohungen einen Erpressungsversuch an den Großmächten unternommen wollen. Der Versuch sei mißlungen.

Die Hauptfrage ist jetzt die: Wird sich Griechenland endlich beugen? Die heutigen Nachrichten aus Athen verrathen nicht viel Neigung dazu:

London, 17. März. (Tel.) Die „Times“ meldet aus Athen von gestern, daß die gesammelte Garnison von Athen und nahezu sämtliche Reisefahrer nach der Grenze abgegangen sind; es herrsche allgemein die Überzeugung, daß der Krieg nunmehr unvermeidlich sei. Die Erbitterung der Bevölkerung, welche bisher gegen Deutschland gerichtet war, wendet sich nunmehr ausschließlich gegen Rußland. Der Beschuß der Mächte, zwangsweise gegen Griechenland vorzugehen, werde auf die Initiative Russlands zurückgeführt, anderseits gelange der Entschluß zum Ausdruck, daß Griechenland nimmermehr nachgeben dürfe.

Athen, 17. März. (Tel.) Die griechische Armee in Thessalien ist in zwei Divisionen getheilt, deren Commandant der Kronprinz ist. Prinz Nicolaus befindet sich gegenwärtig im vordersten Treffen. Seine Anwesenheit rief große Begeisterung hervor.

Die griechischen Streitkräfte in Epirus sind den türkischen überlegen, welche sich eiligst verstärken. In Janina herrscht eine allgemeine Panik. Alle Geschäfte mit Ausnahme der Schwaarenhandlungen sind geschlossen.

Gestern fand ein längerer Ministerrath statt. Die Berathung erstreckte sich auf die Haltung Griechenlands für den Fall von Zwangsmahregelein;

### Der Heddinshof.

Roman von L. Haidheim.

[Nachdruck verboten.]

Der Weg nach Heddins Hause war nur kurz, nie zuvor aber ihn so mühselig gewesen, wie heute, wo er doch mit ruhiger Heiterkeit alle Begegnenden ansehen, ihren Gruß erwidernd mührte.

Er konnte bei alledem nur eins denken: „Woher soll ich das Geld schaffen! Großer Gott! Wie?“

Aber warum hatte er denn auch, während er vorgab, die volle Wahrheit zu sagen — warum hatte er denn auch hinuntergelehnt unter der strengen und kalten Miene des Herzogs: „Ich bin in der Lage, die Gelder an Stollmann zurückzuzahlen!“ Als er das sagte, wurde er getrieben von der sich ihm unabmeißlich aufdrängenden Überzeugung, der Herzog werde ihm nicht helfen, sondern ihn ohne Jögern fallen lassen.

Fallen! Stürzen! Wieder zurück von dem hohen Posten — in das Nichts — in ein Leben der Unmöglichkeit und Zwecklosigkeit! Unmöglich!

Ihm war gewesen, wie dem Ertrinkenden, den der Strom nicht rettet.

Eine vage Vision kam ihm; er sah den großen westfälischen Bauernhof mit seinem gediegenen Wohlstand! Und so hatte er schon ausgesprochen, was den Herzog, wie er wußte, sofort beruhigte: „Ich schaffe die Mittel.“

Er hatte sich auch nicht getäuscht. Wie ein Sonnenchein huschte es über das kalte, finstere Gesicht des hohen Herrn. Er atmete auf. Zu fragen — auf Einzelheiten einzugehen, war nie dessen Sache.

Und nun blieb Heddin die Lüge auf dem Nachen und röhrt ihn ohne jede Rettung zu Boden, wenn nicht der alte Mann dort auf dem Hofe ihm half, der alte Vater, dessen er sich geschämt.

Er kam nach Hause. Ulla trat ihm entgegen. Ein einziger Blick sagte ihr, daß der Vater in lassungsloser Aufregung war.

Sie folgte ihm in sein Zimmer, während der

man glaubt, die Regierung werde sich in letzterem Falle für die Action als die einzige Griechenland gebotene Lösung entscheiden.

London, 17. März. (Tel.) Der „Daily Chronicle“ meldet aus Thessalien, daß jedermann den Krieg zwischen Griechenland und der Türkei für durchaus gewiß hält. Türkische Wachtposten seien an der Grenze in Abständen von 40 Schritt aufgestellt.

Über die Lage auf Arta liegen heute folgende Meldungen vor:

Aanea, 17. März. (Tel.) Unter den Muselmanen auf Sifia ist in Folge Hungersnoth ein Aufmarsch ausgebrochen. In der Stadt wurde geplündert. Die türkischen Behörden veranlaßten die Lieferung von 300 Sack Mehl nach Sifia.

Athen, 17. März. (Tel.) Rissamo-Rastelli ist von den Aufständischen besetzt worden. Nachdem dieselben unter Anführung von Skalidis mit einigen Kanonen die zu Rastelli gehörigen zwei Forts eingenommen hatten, sandten am Sonntag die Admirale Truppen-Abtheilungen ab, um die in Rastelli eingeschlossene Garnison unter ihren Schutz zu nehmen. Die Truppen-Abtheilungen bewirkten alsdann den Abzug der Garnison, worauf die Aufständischen Rastelli besetzten.

Oberst Bassos hat die Verlegung des griechischen Lagers nach Sphakia angeordnet. Man erzählt, daß Griechenland es ablehne, seine Truppen aus Arta zurückzurufen. Bassos gedenkt, das neue Lager zu befestigen und wird die Ereignisse abwarten.

Berlin, 16. März. (Tel.) Nach dem „Vorwärts“ erörterte die sozialdemokratische Partei in ihrer letzten Fraktionssitzung auch die Vorgänge im Orient; man einigte sich dahin, daß das Selbstbestimmungsrecht der Kretenier anerkannt und gegen jede Einmischung Deutschlands Protest erhoben werden müsse.

Das Organ des Allrechtskanzlers, die „Hamb. Nachr.“, äußert sich wieder zur Artafrage und verteidigt die Ansicht, daß man sich lediglich auf maritime Maßregeln in Arta höchst beschränken sollen; wenn es nun mit dem Truppenabtheilung der Mächte auf der Insel zu einem Zusammenstoß käme und es dabei Tode und Vermundete gäbe, wer würde in Deutschland dafür die Verantwortung tragen? Man hätte, so schließt das Blatt seine Betrachtungen, die Pacificierung der Insel ruhig den Kretern überlassen sollen.

London, 17. März. (Tel.) Die „Times“ meldet aus Aanea: Anläßlich des Unfalls auf dem russischen Kriegsschiff „Sesso-Weliki“ richtete das Conular-Corps ein Schreiben an den russischen Consul, das der Theilnahme an dem Unglücksfall Ausdruck giebt. Von den 10 Verwundeten sind 6 weitere ihren Verlebungen erlegen. Die Beerdigung aller Opfer des Unglücksfalles erfolgt am 17. auf dem englischen Flottenkirchhofe in Suda.

### Politische Tageschau.

Danzig, 17. März.

#### Reichstag.

Der Reichstagsledige Dienstag den Auslieferungsvertrag mit den Niederlanden in erster und zweiter Lesung und überwies den Auswanderungsgesetzentwurf an eine Commission. Derselbe fand im allgemeinen eine günstige Beurtheilung seitens der Abg. Hassel (nat.-lib.), Spahn (Centr.), Buchholz (cons.) und Förster (Antis.). Die Abg. Frese

Diener den beiden mit neugierig funkeln den Blicken nachsah.

„Da hat's im Schlosse was gegeben!“ dachte Albert und schlich sich in einen Seitengang. Von dort konnte er vielleicht in seines Herrn Garderobe und allerlei erlauchen, was ihm Geld eintrug. Ah! Das war eine Goldgrube!

Unterdeß hatte Ulla, als sich kaum die Thüre hinter ihm geschlossen, den Vater umarmt und in leidenschaftlicher Theilnahme geflüstert: „Was ist geschehen, Vater? — Ich, um Gotteswillen rede — sieh nicht so stumm und verzweiflungsvoll aus!“

Und als er sie abwehrte und tonlos befahl „Läßt mich allein!“ da saß lang sie die Arme um seinen Nacken und sagte sehr ernst: „Ich lasse dich nicht allein, Papa! Ich bin kein Kind mehr! Und du — du hast keine Menschenseele, zu der du reden kannst! Wenn du doch in mein Herz sehen könntest, wie es sich bangt um dich und wie mutvoll es doch ist! Dieser Sturm wird vorübergehen, Vater, sprich doch, sage mir, was dich drückt — ich habe wohl die Kraft, dir ein Freund zu sein, und einen treueren finde du nicht.“

Heddin trat in die Augen.

Un dann zog er sie zu sich auf das Sofha und sagte ihr alles. Sein Herz floß über. Alle seine Noth, seine Angst, die bevorzugte Stellung zu verlieren, die Unmöglichkeit, Geld zu schaffen — alles erfuhr sie.

Er sprang empor, er lief im Zimmer hin und her in schwerem Geelenkampf; sie begriff ihn völlig, so jung sie auch war und so schreckenvoll ihr Blick auch zum ersten Male den Abgrund mach, an dem er und mit ihm sie alle standen.

Jetzt erst begriff sie, wie wichtig für ihn Ihre Heirath mit Weber gewesen sein würde.

Aber das war zu spät. Um so fester mußte sie jetzt zu ihm stehen.

Weit über ihre Jahre hinaus war in dieser Stunde ihr Geistesleben. Nicht wie ein junges, verhöhntes Mädchen, sondern wie ein ernster, besonnener Freund sprach sie zu ihm: „Bewahre dir vor allem die Ruhe und Klärheit! Sieb dich nur selbst nicht aus! Verfolgt dich diese Meute bis

und Barth von der freisinnigen Vereinigung machen gewichige Bedenken geltend. Sie sind nicht einverstanden damit, daß die Auswanderung nach bestimmten Ländern hin und von bestimmten Ländern abgelenkt wird und daß man dem Reichskanzler volles Ermessens gebe, einen Unternehmer für die Auswanderung nach bestimmten Gegenden zu konzentrieren oder nicht. Daraus erwachse die Gefahr, daß eine Beschränkung der Auswanderungsfreiheit eintrete. Ferner bemängeln beide Redner, daß der § 7 für die direkte Beförderung geradezu ein Monopol schafft und die Concurrenz ausländischer Unternehmer ausschließe. In England und Frankreich werde man Repressalien ergreifen gegen unsere Schiffsunternehmungen und diese schädigen. Nicht eine Politik der Engstlichkeit, sondern der Weitheit sollten wir hier treiben.

An der Discussion beteiligte sich auch Ministerialdirektor Reichardt. In der Sitzung war Staatssekretär v. Marschall anwesend, er sah sehr angegriffen aus. Mittwoch steht der Antrag Aarendorff betreffend die Bäckerei-Verordnung und der Antrag Arenberg (lex Heinze) zur Berathung.

#### Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus begann Dienstag die Berathung des Handelssets. Hierbei kam es zu einer außerordentlich lebhaften Börsendebatte.

Der neu gewählte Abg. Graf Schwerin-Löwitz (cons.) suchte die gegen ihn und die pommerische Landwirtschaftskammer anläßlich des Streites mit der Stettiner Börse kürzlich gerichteten Angriffe Brömel zurückzuweisen. Die Entrüstung der Stettiner Kaufmannschaft sei völlig unberechtigt. Für die sachlichen Angaben trete sein Gewährsmann Anebel-Döberl selbst ein. Wenn Abg. Brömel seinen Vorwurf bezüglich der Stettiner Notitionscommissarien nicht beweise, so müsse er ihm den Vorwurf „verleumderischer Verdächtigung“ zurückgeben.

Abg. v. Cynern (nat.-lib.) kann nicht finden, daß das Vorgehen gegen die Börse die Ehre des Kaufmannsstandes verlege. Andererseits sei das Börsengesetz zu weit gegangen, weshalb eine Rückwärtsrevidierung nötig sei. Redner benutzt die Gelegenheit zu einem Vorwurf gegen die Budgetcommission des Reichstages wegen der Ablehnung der Marinforderungen.

Abg. v. Cynern (nat.-lib.) kann nicht finden, daß das Vorgehen gegen die Börse die Ehre des Kaufmannsstandes verlege. Andererseits sei das Börsengesetz zu weit gegangen, weshalb eine Rückwärtsrevidierung nötig sei. Redner benutzt die Gelegenheit zu einem Vorwurf gegen die Budgetcommission des Reichstages wegen der Ablehnung der Marinforderungen.

Abg. Brömel (freis. Vereinig.) tritt dem Abg. Grafen Schwerin entgegen. An der Stettiner Börse seien keine falschen Preisnotrungen vorgekommen. Er weiß, daß die Landwirtschaftskammer der Stettiner Börse ehrenhafte Handlungsweise vorgeworfen habe. Eine Aenderung der Stettiner Börsenordnung wäre unabwendlich.

Handelsminister Bresfeld legt aus den Aalen dar, daß manche Geschäfte nicht zur Kenntnis des Börsencommissars kommen, also bei der amtlichen Preisnotirung in Stettin nicht zum Ausdruck gelangen.

Darum habe er die Stettiner Vorsteher dahin beschieden, daß die Börsencommissare keinen Vorwurf auf sich geladen haben. Er könne den Abg. Brömel und Graf Schwerin nur raten, den unbedeutenden Streit zu begraben.

Abg. Graf Stanitz (cons.) vertreibt seinen bekannten Standpunkt bezüglich der Börsenreform und des Terminhandels.

Minister Bresfeld erklärt, die Berichte der Staatscommissare über die Frage der „freien“ Productenbörsen seien soweit eingegangen und den Oberpräsidenten vorgelegt mit dem Ergebnis, nach Anhörung der Kaufmannschaftsvertreter sich gütlich zu äußern.

Der Ausgang der Sache möge man aber in ihrer Bedeutung nicht übersehen. Entweder sind die freien Vereinigungen keine Börsen, dann bleiben sie bestehen, oder sie sind Börsen, dann werden sie aufgelöst. Damit sind aber die Productenbörsen noch nicht wiederhergestellt.

auf den Tod, so sei du der edle Hirsch, der sich gegen Alle zur Wehr setzt und die Kläffer daran glauben läßt.“

Ihre Augen funkelten, und sie sah, der Vater beruhigte sich, ihr Zupruch hat ihm wohl, er fasste wieder Mut.

Der Diener, der doch nicht viel hatte erlauchen können, störte sie. Er fragte beeifert, welchen Koffer er packen solle.

Erst jetzt fiel Heddin ein, daß er den Vorschen auf das Glattes halte führen wollte.

Diese vorgebliche Reise nach Berlin, wenn sie bekannt wurde, verdeckte die heimliche Fahrt, die der geängstigte Mann noch diesen Abend antreten wollte. Das gestaltete sich dann ganz günstig.

„Pack alles in den großen Koffer!“ hatte er schon geantwortet, und dann sah er hinzu: „Und lege mir für eine Nacht alles Nötige in die kleine Handtasche. Du kommst mit dem Koffer nach, sobald ich telegraphiere, ich fahre in einer Stunde voran.“

„Lauter Lügen!“ dachte er bitter — „das Gemirr wird immer dichter —“

Er ging mit Ulla zu seiner Frau. Ihr durste er die Wahrheit nicht bekennen, ihr zuließ. Er und die Tochter verstanden sich darüber ohne ein Wort.

„Eine heimliche Fahrt im Dienste des Herzogs“, gab er vor. Sie glaubte das willig.

Er ließ einen Wagen holen, nachdem sie ihn gewungen, einen Bissen zu essen.

„Zur Bahn!“ befahl er. Erst als sie durch mehrere Straßen gefahren waren, rief er den Aufsitzer noch einmal an und beorderte ihn, aus der Stadt hinaus und nach einem etwa eine Stunde entfernten Dorfe. Vor demselben stieg er aus und ging zu Fuß nach dem kleinen Bahnhof; es war inzwischen dunkel geworden. Heddin wurde nicht erkannt, als er sein Billet löste — eine Viertelstunde später sah er im Juge und fuhr der heimatlichen rothen Erde zu.

Der Zug erwies sich wohlwollend und gab ihm ein ganz leeres Coupé. Dort nahm er eine Arznei, welche ihm vor einigen Tagen sein Arzt verschrieben — es war ein Beruhigungsmittel.

(Sehr richtig links.) Dazu bedarf es der Verständigung zwischen den streitenden Parteien. An mir soll es nicht fehlen, darauf hinzuwirken. Am besten ist es, die Agitationen in Leitartikeln und Interpellationen sehr ruhen zu lassen. Das müssen sich allerdings die Handelskreise auch abgewöhnen: der Terminhandel ist nun einmal tot. Man kann nicht ein Gesetz heute erlassen und morgen wieder abschaffen. (Lebhafte Beifall rechts und im Centrum.)

Mittwoch folgt die Fortsetzung der Staatsberathung, die Berathung des Antrages Henderbrand betreffend die Befolgsungsverhältnisse der Geistlichen und des Antrages Birchow betreffend das Comptabilitätsgesetz.

Berlin, 16. März. Die polnische Fraktion hat einen Antrag betreffend Aufhebung des Anfiedelungsgesetzes für Posen und Westpreußen eingereicht.

#### Zur Handwerks-Organisation.

Der preußische Gesekentwurf hatte die Zwangorganisation der Innungen für eine möglichst große Zahl von Gewerben vorgeschrieben. Der preußisch-bohmische Compromißvorschlag im Bundesrat läßt einen Zwang zum Eintritt in die Innung nur unter erschwerten Voraussetzungen zu. Ausgeschlossen sind Zwangsinningen von vornherein in solchen Orten, wo „durch andere Einrichtungen als diejenige einer Innung für die Wahrnehmung der gemeinsamen gewerblichen Interessen der beteiligten Handwerker ausreichende Fürsorge getroffen ist“. Da die Vorfrage, ob diese Bedingung erfüllt ist, von der höheren Verwaltungsbehörde entschieden wird, so haben die jüdischen Regierungen von vornherein den Hebel in der Hand, um die Zwangsinningen aus ihrem Gebiet fern zu halten.

Das ist ja überhaupt das Charakteristikum dieser Organisation des Handwerks, daß sie auf den Rücken der Bureaucratie einhegt. Überall hat die Bureaucratie die Hand im Spiele. Sie nimmt den Antrag auf Bildung einer Zwangsinning in Empfang; sie entscheidet, ob eventuell die Voraussetzungen für die Bildung einer solchen vorhanden sind, insbesondere, ob an den betreffenden Orten die zur Bildung einer „leistungsfähigen“ Innung erforderliche Zahl von Handwerkern des betreffenden Gewerbes vorhanden ist oder ob die Handwerker naheliegender

diesem Wege befestigt. Wenn von tausend befehligen Handwerkern nur hundert zur Abstimmung erscheinen, genügen 51 Stimmen, um die jährlichen tausend Handwerker zum Eintritt in die Innung zu zwingen. Freilich kann die obere Verwaltungsbehörde den Antrag auf Herbeiführung einer Abstimmung (über die Frage der Zwangsinning) ablehnen, wenn die Antragsteller einen „verhältnismäßig nur kleinen“ Bruchteil der befehligen Handwerker bilden. Aber hier ist dem Ernennen der Behörden keine Schranke gesetzt. Das Mehrheitsprinzip wäre nur dann gehahrt, wenn das Gesetz das Verhältnis der Zahl der Antragsteller zu denjenigen der befehligen Handwerker und zugleich bestimmt, daß die Abstimmung nur als gültig anzusehen sei, wenn an derselben zum mindesten die Mehrheit der Handwerker Theilnahme. So wie die Bestimmung jetzt lautet, hat die höhere Verwaltungsbehörde die Entscheidung in der Hand. Sie hat auch darüber zu entscheiden, ob nicht nur die selbständigen Handwerker, sondern auch die Hausgewerbetreibenden zum Beitritt zu der Zwangsinning verpflichtet werden sollen.

Je nach den Anschauungen der Regierungen wird demnach die Zwangsinning in dem einen Staate in weiterem, in dem anderen gar nicht oder nur in sehr geringem Umfange durchgeführt werden und damit die einheitliche Ordnung des Handwerks innerhalb des deutschen Reiches in Frage gestellt. Thatsächlich dankt die Reichsgesetzgebung auf diesem Gebiete zu Gunsten der einzelstaatlichen Regierungen ab.

### Deutsches Reich.

Berlin, 16. März. Während die „Nat.-Ztg.“ mitteilt, Prof. Bergmann habe bezüglich des Bestands des Staatssekretärs v. Stephan keine Besorgnisse mehr, schreibt die „Post“, der Zustand des Patienten gebe neuerdings zu Besorgnissen Anlaß; es scheine eine zweite Operation nötig zu sein.

\* [Schuhmacherstreit.] Eine stark besuchte Versammlung der ausgesperrten Schuhmacher nahm den neuerlichen Vorschlag der Berliner Schuhfabrikanten an, eine aus drei Mitgliedern bestehende, mit bindenden Vollmachten versehene Commission des Verbandes solle mit einer dreigliedrigen, gleichfalls mit bindenden Vollmachten versehenen Commission der Arbeiter, die in Ringen scheinlich beschäftigt seien, vor dem Gewerbegeicht verhandeln.

\* [Boulanger und die Sozialdemokratie.] Das Berliner Landgericht I verurteilte, das Urteil des Schöffengerichts aufgehoben, in der Privatklage des früheren Rechtsanwalts Hans Blum in Leipzig gegen den normalen Redakteur des „Dörwärts“, Dierl, den leichten zu einer Geldstrafe von 150 Mark event. 15 Tagen Gefängnis. Dierl hatte im Januar 1895 den von Blum in der „Magdeb. Ztg.“ veröffentlichten Artikel „Enttäuschungen über die Beziehungen Boulangers zur deutschen Sozialdemokratie“, nach welchem diese im Falle des Krieges das Vaterland verraten sollte, als Fälschung und Verleumdung bezeichnet. Der Gerichtshof nahm an, daß eine mala fides des Klägers bei den schweren, durch die Ausführungen Boulangers hervorgerufenen Anklagen gegen die Sozialdemokratie nicht erwiesen sei und berücksichtige andererseits, daß Dierl durch Blum schwer gereizt worden sei.

Hamburg, 16. März. Nachdem alle Vermittlungsvorschläge der Arbeitgeber und der Senatscommission seitens der sogenannten schwarzen Schauerleute verworfen, ließ der Verein der Importeure englischer Kohlen den Kohlenarbeiter in Saarbrücken zugetragen, daß vom 18. März ab nur Leute zur Arbeit zugelassen werden, welche den bekannten Nevers und den Lohntarif des Vereins vorher unterschreiben.

### Amerika.

\* [Scheidung Clevelands.] Amerikanische Blätter melden, daß Mr. Cleveland und seine Gattin übereingekommen sind, sich scheiden zu lassen. Seit einem Jahre leben die beiden Gatten im Weißen Hause in vollständig getrennten Appartements. Mrs. Cleveland führt Klage darüber, daß ihr Gatte sie geschlagen habe; sie hat die Klage in Gegenwart ihrer Mutter und der Herren Lomont und Eggleton zu Papier gebracht. Während des abgelaufenen Jahres hat Mrs. Cleveland es auf das entschieden abgelehnt, bei den offiziellen Empfängen im Weißen Hause zu erscheinen.

### Coloniales.

Berlin, 15. März. Vor einigen Monaten hatte Herr Consul Vohsen in einer Zuschrift an die „National-Ztg.“ sich mit dem Colonialschriftsteller Herrn Giesebricht (aus Danzig) als Verfasser einer scharfen Broschüre gegen das Gießelungsunternehmen in Südafrika auseinandergesetzt. In dieser Zuschrift hatte Herr Vohsen den Giesebricht'schen Aufsatz als eine „Schmähchrift“ bezeichnet, und wegen dieses Ausdrucks hatte Herr Giesebricht eine Privatklage gegen Herrn Vohsen und außerdem wegen der Aufnahme der Zuschrift in die „National-Ztg.“ gegen den Chefredakteur Röbner angestrengt, die gestern vor dem Schöffengericht verhandelt wurde. Dasselbe erachtete Herr Giesebricht für beleidigt; es verurteilte die beiden Verklagten, und zwar Herrn Vohsen zu 50 Mk., Herrn Röbner zu 25 Mk. Geldstrafe und sprach dem Kläger die Publicationsbesugnis zu.

### Das Duell Rothe-Schrader vor Gericht.

F. Köln a. Rh., 16. März 1897.

Das Duell zwischen den beiden königlichen Ceremonienmeistern, Kammerherrn v. Rothe und Freiherrn v. Schrader, das bekanntlich amfangs April 1896 in der Potsdamer Zitadelle stattfand und mit dem Tode des Freiherrn v. Schrader endete, erhält durch eine morgen vor der Gutsrichter des hiesigen königlichen Landgerichts stattfindende Verhandlung ein gerichtliches Nachspiel. In der „Königlichen Volks-Ztg.“ vom 23. April 1896 war ein Artikel enthalten, in dem eine Anerkennung des Staatsministers v. Böttiger im Reichstag über die Duell-Affäre Rothe-Schrader besprochen und daran eine Bemerkung geknüpft war, in welcher der Staatsanwalt v. Rothe vorgeworfen war, nicht sofort gegen v. Rothe eingeschritten zu sein; dadurch nähere man nur den Glauben, daß man oft die kleinen Diebe hänge, die großen aber laufen lasse. Hierin erblickte der Oberstaatsanwalt am königlichen Kammergericht zu Berlin eine Beleidigung der ihm unterstehenden Staatsanwaltschaften der Landgerichte Berlin I und Potsdam und stellte gegen den Hauptredakteur der „Königlichen Volks-Ztg.“, Dr. Corauns, auf Grund der §§ 185 und 188 des Straf-

C. ch. Buches den Strafantrag. In einem bereits vor mehreren Monaten abgehaltenen Termin hat der Angeklagte folgenden Beweisantrag gestellt: „1. Es soll die zuständige Militärbehörde um amtliche Auskunft darüber erucht werden: welche militärische Stellung die Duellanten v. Rothe und v. Schrader im April 1896 einnahmen und ob dieselben damals der Militär-Gerichtsbarkeit unterstanden. 2. Es sollen durch Ersuchen der zuständigen Amtsgerichte, da das Ersehen der Zeugen in der Hauptverhandlung wegen großer Entfernung besonders erschwert sein wird, als Zeugen vernommen werden: diejenigen Beamten, die anfangs April 1896 zu Berlin und Potsdam als Erste Staatsanwälte fungirten, sowie diejenigen Staatsanwälte bzw. Amtsgerichte, welche anfangs April 1896 bei den Staatsanwaltschaften Berlin und Potsdam für die Bearbeitung der in der Frage stehenden Strafsfälle zuständig waren: 1. sämtlich darüber, a) wo, wann und wie sie vor Statthaltern des Duells Rothe-Schrader Kenntniß von der erfolgten Herausforderung zum Zweikampf und von der Annahme der Herausforderung gehabt haben, ob sie Schritte zum Zwecke der Strafverfolgung unternommen haben, oder weshalb nicht; b) ob Anzeigen oder Eingaben irgend welcher Art, die herausfordernden oder den Stattgehabten Zweikampf selbst betreffend, eingegangen sind, und welche Schritte daraufhin geschehen sind; 2. die genannten Zeugen, soweit es sich um die Staatsanwälte Berlins handelt, darüber, ob sie und wann etwa nach Stattgehabtem Zweikampf Kenntniß von denselben erhalten haben, ob sie Schritte zum Zwecke der Strafverfolgung unternommen haben oder nicht.“

Diesem Antrage wurde seitens des Gerichtshofes Folge gegeben und die Verhandlung deshalb verlängert. Zwischenzeitlich durften die beantragten Zeugenvernehmungen stattgefunden haben. Vertheidiger des Angeklagten ist der Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt Trimborn (Köln). In befehligen Kreisen steht man der Verhandlung mit großem Interesse entgegen.

### Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 17. März.  
Wetteraussichten für Donnerstag, 18. März;  
und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Ziemlich milde, meist trocken, vielfach heiter. Windig.

\* [Stadtverordneten-Sitzung am 16. März.] Vorsitzender i. V. Herr Berenz; Vertreter des Magistrats die Herren Oberbürgermeister Delbrück, Stadträthe Loop, Ehlers, Fehlhaber, Dr. Boil, Dr. Achermann, Voigt, Meckbach, Penner; später (bei der öffentlichen Sitzung) noch Herr Bürgermeister Trampe.

Die Verhandlungen beginnen in einer kurzen nichtöffentlichen Sitzung, in welcher die Versammlung nach den in anderen Städten von gleicher Größe wie Danzig befindenden Sächen das Gehalt des Herrn Bürgermeisters Trampe von 7500 auf 8500 Mk., das des Herrn Schulrats Dr. Damus von 6500 auf 7000 Mk., letzteres mit der Anwartschaft auf spätere Steigungen nach der vom Staat einzuführenden Besoldungsordnung, normirt, einige Unterstellungen bewilligt, mit der Anstellung des Civilianwärters Thiel als Bureau-Assistent sich einverstanden erklärt und dann einstimmig einen für jetzt noch geheim zu haltenden Beschluss faßt.

Bei Eintritt in die öffentliche Sitzung wird zunächst vor der Tagesordnung ein Gesuch des Vorsitzenden der Versammlung Herrn Steffens um Erteilung eines größeren Reiseurlaubes genehmigt.

Auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung steht zunächst folgende von Herrn Berenz eingeführte, von den Stadtverordneten Damme, Gibbsone, Petschow, Dinklage, Breidsprecher, Davidsohn und Dr. Hermann unterstützte Interpellation: „Ist es richtig, daß der Magistrat bereits Schritte getan hat, um Erleichterungen der Ration-Vorhängen herzuführen? Und welche Aussichten sind vorhanden, daß dieselben ein günstiges Resultat haben?“

Namens des Antragstellers begründete Herr Breidsprecher die Interpellation. Allgemein sei es bekannt, welche schweren Fesseln der Entwicklung unserer Stadt und ihres Verkehrs durch die Beschränkungen angelegt würden. Hierdurch werde die ganze Stadt, werden alle Schichten der Bevölkerung betroffen. Handel und Schiffahrt, die den Haupthafen unseres Erwerbs bilden, müßten verkümmern und könnten sich in Folge der herrschenden Beschränkungen nicht entwickeln. Schon jetzt steht Danzig in dieser Beziehung weit zurück hinter Stettin, Königsberg, Aiel, wo man nicht mit solchen Verkehrsschwierigkeiten zu kämpfen habe. Auch das Befreiern unserer Industrie zu heben, stößt überall auf den wunden Punkt der Ration-Beschränkungen, so daß es fast unmöglich sei, hier größere Werke zu errichten. Jetzt, wo die Nordfront ausgegeben sei, wo die Festungswerke nicht mehr als unantastbares Hellschlund gelten, sei vielleicht mehr Gelegenheit zu Erleichterungen vorhanden als früher. Redner wünscht, daß die bezüglichen Bestrebungen, die bisher von einzelnen Personen ausgingen, in die Hände der berufenen Vertretung der Bürgerschaft des Magistrats, gelegt würden, damit dieser mit dem Gewicht der dafür zuständigen Behörde den Stein in's Rollen bringe.

Hr. Oberbürgermeister Delbrück: Die erste Frage der Interpellanten könnte er glatt bejahten. Der Magistrat beschäftigte sich eingehend mit der Sache und Redner sei seit seinem Amtsantritt bemüht, Material zur Begründung der an die Reichsbehörden zu stellenden Anträge zu sammeln, habe sich auch mit anderen Stadtverwaltungen in Verbindung gesetzt, doch schwetzen diese Verhandlungen noch. Welche Aussichten die zu stellen den Anträge haben, könne heute niemand sagen, er könne indeß die Versicherung geben, der ganze Magistrat stehe mit ihm auf dem gleichen Standpunkte, aber er sei auch mit ihm (Redner) der Ansicht, daß Anträge nur auf Grund einer sorgfältig durchgearbeiteten Denkschrift gestellt werden dürfen, und daß nach diesem Material geprüft werden müsse, was man förmlich im Antrag bringen könne und welche Wünsche etwa zurücksstellbar werden müßten. Darüber herrsche volle Übereinstimmung, daß eine der ersten Bedingungen für das Gedanken Danzigs sei, daß man aus den jetzigen engen Rationbeschränkungen hinauskomme.

Nach dieser mit Beifall aufgenommenen Erklärung nahm die Versammlung angesichts der heutigen Sachlage von einer Besprechung der Interpellation einmütig Abstand.

Von dem Protokoll über die Revision des städtischen Leihamtes am 18. Februar nimmt die Versammlung Kenntniß. Die Wohnung des Bleihofs-Inspectors Domke auf dem Bleihofe wird an denselben zu dem bisherigen Dienstzins weiter vermietet, die Übertragung der Pachtung einer Landparzelle von dem Eigentümer Karl Gläck auf den Gartnereibesitzer Fried. Len. für

den bisherigen Pachtzins genehmigt. — Der sog. Pfandgraben an der kais. Werft war bisher an diese für jährlich 520 Mk. verpachtet und der selben gleichzeitig der Ankauf des Pfandgrabens für 20 000 Mk. für den Fall einer Erweiterung des Werft-Etablissements zugestanden. Das Pachtverhältnis läuft mit dem 1. April ab und der Kauf wird jetzt von der kais. Werft beabsichtigt. Da aber der bezügliche Vertrag, der mit anderen noch schwelbenden Projecten zur Erweiterung der Werft in Verbindung steht, bis dahin die Genehmigung der Ministerial-Instanzen nicht erlangen kann, wird die vorläufige Prolongation der Pacht zu dem bisherigen Satz genehmigt.

Die Verpachtung der Fähre bei Strohdeich auf 3 Jahre für jährlich 500 Mk. an den Schiffer Broch; einer Wohnung in dem Taschengebäude an der Nordseite des Stockturms, bestehend aus 2 Zimmern, Cabinet, Entrée und Küche, an den bisherigen Eigentümern Grubbeck für 500 Mk. vom 1. April d. J. bis dahin 1898, bis wohin auch die übrigen Wohnungen vermietet sind, wird ebenfalls ohne Debatte genehmigt.

Von dem zwischen Rähmthor und Aohlenthor im brausenden Wasser belegenen Häuserblock befindet sich fast die ganze östliche Seite im Besitz des Herrn Kaufmann Anton Ecke. Da hier die Anlage einer neuen Straßen- und Baufußlinie beabsichtigt wird und Herr Ecke zugleich seine Grundstücke zu arrendieren wünscht, so ist zwischen ihm und der Stadt ein die beiderseitigen Projekte ermögligendes Abkommen getroffen, wonach sobald Herr Ecke ein befahrbares Grundstück erworben hat, ein Austausch von Terrainstücken stattfinden und auf der einen Seite der von Herrn Ecke abtretende, auf der anderen Seite der von der Stadt abtretende überliegende Terrainstiel mit 20 Mk. pro Qu.-Meter entschädigt werden soll. Die Versammlung erhebt nach kurzer unerheblicher Debatte ihre Zustimmung.

Ohne Debatte wird ferner ein Abkommen mit den Eigentümern zweier Grundstücke Petershagen hinter der Kirche gebilligt, wonach diese für eine Entschädigung von 2200 Mk. Terrainflächen von 132 reip. 44 Qu.-Meter, welche durch eine neue Straßenfluchtlinie von ihren Grundstücken abgeschnitten sind, an die Stadt abtreten, dort eine neue Straßenböschung herstellen, diefelbe befestigen und laufend unterhalten wollen, auch zur Errichtung an Trottoirbeiträgen für den Fall der Trottoirlegung sich verpflichten.

Zur Befreiung der auf die Stadt entfallenden Kosten der hiesigen öffentlichen Feier des 100. Geburtstages Kaiser Wilhelms I. wird dem Magistrat ein Credit von 3000 Mk. bewilligt, für die Verordnung des Münchner Weges in Langfuhr ein Mehrkostenaufwand von 563 Mk. nachbewilligt.

Behufs Versorgung der Stadt mit Trinkwasser für den Fall der Absperrung der Prangenauer Leitung bei einer etwaigen Belagerung und gleichzeitig zur Vermehrung des Wasserquants der Leitung auch in Friedenszeiten waren bekanntlich seitens der Fortification bei Bastion Gertrud drei größere und tiefe Bohrbrunnen angelegt, welche bei stetigem Pumpbetrieb gutes Grundwasser ergeben. Zu den fortgesetzten Versuchen, insbesondere zu dem Pumpbetrieb und weiteren Untersuchungen des Wassers hatte die Stadtverordneten-Versammlung 6500 Mark bewilligt. Die Qualität des Wassers ist dabei nach wiederholten chemischen Untersuchungen als gut und für den Trinkgebrauch unbedenklich begutachtet worden, aber die Quantität desselben ist hinter den gehegten Erwartungen etwas zurückgeblieben, denn statt der von der königl. Fortification auf 1800 Kubikmeter geschätzten Ergiebigkeit der drei Bohrbrunnen ist bei Tag und Nacht fortgesetztem Pumpbetrieb nur ein durchschnittliches Quantum von 1100 Kubikmetern pro Tag erzielt worden. Der Magistrat hat zunächst die Einholung eines Gutachtens des Landesgeologen Hrn. Professor Dr. Jenisch in Königsberg beschlossen, das aber noch aussteht. Er beabsichtigt nun die Bohrbrunnen in Verbindung mit der Prangenauer Leitung zu bringen und so den Pumpbetrieb fortzusetzen. Zu diesem Zweck beantragt er heute die Bewilligung von weiteren 5030 Mk., wovon 1250 Mk. für Einbringung eines längeren Filters, 1300 Mk. für eine Verbindung mit der Prangenauer Leitung und 2880 Mk. für den Pumpbetrieb bestimmt sind. Von den 1250 Mk. für den Filter werden 600 Mk. der Stadt von der Militärbehörde vergütet. — Herr Wanfried wünscht, daß erst das Gutachten des Herrn Dr. Jenisch abgewartet werden möge. Herr Neubäcker hat Bedenken gegen die Verlängerung der Filter. Bei der Nähe der drei Brunnen werde man dadurch nicht mehr Wasser erzielen. Herr Delbrück erwidert, das Gutachten siehe zu dieser Vorlage in keiner direkten Beziehung, es solle für die künftigen Anlagen Anhalt bieten, jetzt handle es sich nur um Fortsetzung der Experimente. Man wolle Brunnen auf weiterem Terrain anlegen und durch den längeren Filter erproben, wie weit sich die Ergiebigkeit der Brunnen steigern lasse. Zweitens wolle man versuchen, wie sich das erprobte Wasser in luftfreier Vermischung mit dem Prangenauer Wasser zeigen, nämlich welchen Einfluß es auf den Eisengehalt des Wassers ausüben werde. Drittens wolle man mehr Wasser erlangen, um in der heißen Zeit dem bisherigen Wassermangel in der Prangenauer Leitung abzuholen. — Nachdem auch Herr Davidsohn noch seinen in Legan gemachten Erfahrungen die Fortsetzung des Experiments, wodurch leicht weitere unterirdische Wasseradern erschlossen werden könnten, empfohlen, wurden die erhobenen Bedenken fallen gelassen und die Magistrats-Vorlage einstimmig angenommen.

Zu der im Bau-Etat vorgesehenen Erweiterung der katholischen Schule in Altschottland legt der Magistrat heute den Bauplan und den auf 14000 Mk. abhängenden Kostenanschlag vor. Das Bauprojekt wird hiernach genehmigt. Es folgen nun wieder Etatsberathungen.

1. Der Etat des Schlach- und Viehhofes (Ref. Hr. Simon) wird laut Vorlage des Magistrats wie folgt festgesetzt: Einnahmen vom Viehhof 78 915 Mk., Einnahmen der Verbindungs-Eisenbahn 6337 Mk., zusammen 390 145 Mk.; Ausgaben für den Schlachthof incl. 20 000 Mk. Abführung an den Reservesonds 232 351 Mk., Ausgaben für den Viehhof 59 586 Mk., für die Verbindungs-Eisenbahn 28 966 Mk., zusammen 318 184 Mk., Überschuss 72 040 Mk., wovon derjenige der Viehhof-Vorwaltung ebenfalls dem Reservesonds überwiesen werden soll.

2. Bauetat. (Referent Hr. Schneider.) Einnahme aus laufenden Mitteln 41 976 Mk., darunter Regierungszuschuß für die Baggerung 9000 Mk., Adjacentenbeiträge für Troilois und Bürgersteige 14 510 Mk.,

Wegebaubehilfe der Provinz 5938 Mk., Ausgabe im Ordinarium 377 501 Mk., davon für Gebäude und Anlagen 79 541 Mk., für Brücken 30 000 Mk., Schleusen 4576 Mk., Bohlwerke, Fähren etc. 45 600 Mark, Wasserleitungen und Entwässerungs-Anlagen 22 085 Mk., Stromschiffahrt 26 643 Mk., Straßenbau 105 748 Mk., allgemeine Verwaltungskosten 49 996 Mk., Anpflanzungen 11 802 Mk., Deich- und Uferbauten 1530 Mk. Das Extraordinarium (Bauten, die aus dem Kapitalsfonds oder aus Anteilen befristet) 106 500 Mk. Die für einzelne größere Bau-Ausführungen in diesem Etat enthaltenen Ansätze haben wir bereits früher mitgetheilt. — Sämtliche Ansätze des Etats werden nach etwa einstündigem Specialdebatt über eine Reihe von Positionen mit unerheblichen Änderungen genehmigt. Dabei werden auf Grund früherer Beißlüsse in Ausgabe 2050 Mk. zu und 1530 Mk. abgesetzt.

\* [Festzug zur Kaiser Wilhelm-Feier.] Unter dem Vorsitz des Herrn Stadtraths Voigt fand gestern Abend im Rathausaal eine Versammlung von Obermeistern der hiesigen Innungen, Vertretern der Gesellen-Brüderschaften und den Vorstehern der kais. Werft, der königl. Gewehrfabrik und der königl. Artillerie-Werkstätte, des Männer-Turnvereins und des Vereins der Gastwirthe für die Berathung des Festzuges am 21. März statt. Herr Stadtrath Voigt teilte zunächst mit, daß die polizeiliche Genehmigung für den in Aussicht genommenen Festzug am 21. März ertheilt sei und daß ferner die hiesigen Kriegervereine die Einladung des Magistrats zur Besprechung über den Festzug am 21. März abgelehnt hätten, da sie bereits anderweitige Versügung über einen Umzug getroffen hätten. Nach den Mittheilungen des Vorsitzenden des Fanungs-Ausschusses Herrn Herzog werden sich die kais. Werft mit etwa 1400, die Gewehrfabrik mit 500 und die Innungen etc. mit etwa 4360 Personen an dem Festzuge beteiligen. Das Coos entschuldigt über die Reihenfolge im Festzuge, der aus vier Abtheilungen bestehen soll. Danach wird die erste Abtheilung von einem Theil der Innungen gebildet und der ganze Zug durch die Schützenbrüderschaft eröffnet. Die zweite Abtheilung bildet die kaiserliche Werft und die Schiffsmannschaft, die ihre eigene Musikkapelle haben, während für die drei anderen Abtheilungen der Magistrat die Musikcorps stellt. Die dritte Abtheilung wird von den königlichen Betrieben (Artillerie-Werkstatt und Gewehrfabrik) und die vierte Abtheilung von den Gewerken gebildet, denen sich die Mitglieder des Männer-Turnvereins und des Gastwirths-Vereins anreihen. Die Versammlung der einzelnen Körperchaften soll auf dem Wiebenplatz um 11½ Uhr erfolgen.

\* [Kaiser Wilhelm - Feier.] Das Programm zu den Festcommessen am 23. März ist nunmehr endgültig festgestellt und ist für das Wilhelmtheater und das Schützenhaus so ähnlich dasselbe. Der erste Theil wird durch einen Festmarsch eröffnet, und zwar im Wilhelmtheater durch die

Preußischen Hengste hat der Minister allerdings bestanden, daß für das Hengstmaterial in Marienwerder um 10 Stück vermehrt werden. Es sollen nach 42 Hengste für die Provinz beschafft werden. Von den eingeschafften Fällen kosten hannoversche franco Dirschau durchschnittlich 434 Mk., ostpreußische 330 Mk. und westpreußische, von denen 5 bis jetzt angekauft sind, 350 Mark. Zur Förderung der Rindviehzucht sind 27 400 Mk. eingestellt, und zwar als Gehalt und Reisekosten für den Rindviehzuchteinrichter 5400 Mk., an die westpreußische Heerdbuchgesellschaft 1000 Mk., zu Prämiierungswerten 4100 und zur Errichtung von Stierhaltungsanstalten 17 800 Mk. Es bestehen zur Zeit 208 Bulleinstationen, 78 neu sind angemeldet, so daß die Anzahl derselben auf 286 steigen wird. Für Förderung des Molkeriewesens sind 6100 Mk. in den Staat eingestellt, und zwar für die Verfuchsmolkerei zu Kleinhof bei Tapiau 1100 Mk., für die Meiereischule in Freystadt i. W. 1200 Mk. Gehalt und Reisekosten des Molkerie-Instructors 3650 Mk. und an die milchwirtschaftliche Station 150 Mk. Für die Förderung der Schweinezucht sind zur Errichtung von Eberstationen und Anschaffung von Viehwagen je 2000 Mk., also in Summa 4000 Mk. und zur Förderung des Schäferhauses und der Bodennutzung 32 500 Mk. ausgeworfen. Von dieser letzteren Summe sind bestimmt zur Vertheilung von Saatgut und künstlichem Dünger 8000 Mk. Concurrenz bärlicher Wirtschaften und zur Anlage von Dungstätten 6000 Mk. Überführung bärlicher Wirtschaften zu einer besseren Wirtschaftsweise 1000 Mk. Vertheilung von Obstbäumen und Gartengemüse 4000 Mk. Gehälter und Reisekosten der Obstbau- und Weidenbaulehren je 3000 Mk., für Hebung der Weidencultur 4500 Mk., Errichtung einer Korbblechschule 3000 Mk. Es sind in diesem Jahre zum ersten Male 2000 Mark zur Anlage von Dungstätten ausgeworfen, auch die beiden letzten Posten für Hebung der Weidencultur und Korbblechschulen sind in diesen Staat zum ersten Male eingestellt. Ferner sind eingestellt: zur Förderung des Fischereiwesens 650 Mk., zur Förderung der Bienenzucht 1000 Mk., zur Belehrung und zu den Kosten der wissenschaftlichen Unternehmungen 16 700 Mk., da von fallen auf die Besoldung der Wanderlehrer 6000 Mark, Reisekosten 3000 Mark, landwirtschaftliche Winterföhre in Zoppot 2800 Mark, in Marienburg 1500 Mk., Haushaltungsschule in Schönlinde 400 Mk., Südbendum für Schüler 300 Mark, Fußbeschlaglehrschmiede in Danzig 750 Mk., in Marienwerder 450 Mark, für Fachzeitungen und Correspondenzen 1000 Mk. und zur Vertheilung an Rententugsnehmer 500 Mark. Die Ausgaben betragen insgesamt 132 850 Mk. Zu dem Staat entspann sich eine Debatte, in welcher zunächst Herr Zimmermann auf die politischen Beschränkungen bei der Maul- und Klauenpest hincwies. So sei in einem Theile des Kreises Pr. Holland das Verladen von Vieh auf Eisenbahntationen inhibirt worden. Die Bewohner der Drausenseiderwerber seien auf das Mästen von Vieh angewiesen; wenn sie ihre Thiere nicht nach Berlin schicken könnten, so würden große Verlust entstehen. Es scheine jedem eine genügte Willkür zu herrschen, die zu großer Unsicherheit führe. Er bitte die Landwirtschaftskammer hier Abhilfe zu schaffen. Der Vorsitzende erkannte an, daß die Klagen Berechtigung hätten. Aber einmal sei die Kammer nicht befugt, auf die Behörden einzutreten, auf der anderen Seite sei es aber nothwendig gegen die Seuche im Interesse der Allgemeinheit Jufs vorzugehen. Wenn man seine Grenzen gegen Versuchungen schützen wolle, müsse man zuerst im eigenen Lande energisch vorgehen. Das können allerdings den Einzelnen zum Ruin bringen, es müsse ihm überlassen bleiben, sich in jedem Falle an die Staatsregierung zu wenden. — Herr Wendscher-Gulbien bat dann darum, daß zum Decken künftig stärkere und schwerere Hengste gestellt werden möchten, zu den leichteren Hengsten hätten die Landwirthe kein Interesse. Ferner bitte er, daß die Polizeiaufsicht, die auf Grund der Körordnung über die Pferde- und Genossenschaften verhängt worden sei, wieder ausgehoben werde. Die Landwirthe erblickten darin einen Angriff in das Privatvermögen. Schließlich habe er im Auftrage seines Vereins den Vorstand zu bitten, für die Zukunft mehr auf die Rindviehzucht als auf die Pferdezucht zu verpenden, weil die Mehrzahl der Landwirthe von der erstenen mehr Vortheil hätten als von der letzteren. — Herr v. Puttkamer wies darauf hin, daß seit Jahren von der Gesütsdirection stärkere und größere Hengste verlangt worden wären, das sei auch zugesagt worden, doch seien derartige Hengste sehr schwer zu finden. In der neueren Zeit sei das besser geworden, es würden jetzt Hengste mit so schweren Knöchen, wie wir sie wünschen, gestellt. Was den zweiten Punkt der Anfrage betrifft, so komme es wesentlich auf den Wortlaut der provinziellen Körordnungen an. Die Angelegenheit liege jetzt den Gerichten zur Entscheidung vor und es würde deshalb nicht angebracht sein, über die Sache hier zu verhandeln. In der Debatte, die sich hieran knüpft, wurde auch die Frage der Rattblüter und Wormblüter gestreift. Gämmtliche Redner sprachen sich gegen die Rattblutzucht aus; ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, auch in unserer Provinz Stutfüllen anzukaufen. Herr Domänenpächter Dorguth-Raubitsch wies nach, daß schon jetzt Stutfüllen aus unserer Provinz angekauft worden seien. Auch die Wünsche auf Gestaltung stärkerer Hengste würden in Erfüllung gehen. Herr Gesütsdirector v. Schorlemmer teilte mit, daß im nächsten Jahre 62 neue Hengste eingefüllt werden sollten und daß er sich bemühen werde, die Forderung nach starken warmblütigen Hengsten zu erfüllen. Er habe in Westpreußen recht gutes Stutenmaterial gesehen, welches sich zum Ankauft eigne. Zum Schlus warnte Herr v. Schorlemmer noch vor der Einführung der Rattblüter. — Der Staat wurde dann ohne wesentliche Debatte unverändert angenommen.

Die Commission zum Ankauf von Bullen bestand bis jetzt aus dem Geschäftsführer Herrn Rasch und den Herren Wendland und Herzberg. Die beiden lebhaften Herren sind zurückgetreten und es mußte deshalb heute eine Neuwahl vorgenommen werden. Nach längerer Debatte beschloß der Ausschuss, daß die Ankaufskommission künftig aus Herrn Rasch, den Mitgliedern der Körkommission in dem Bezirk, in welchem der Ankauf bewirkt werden soll, und einem Besitzer aus dem Bezirk, welcher jedesmal gewählt werden soll, bestehen sollte.

Dann hielt Herr Suhr-Günfels einen Vortrag über Schnellzehrungsverfahren. Der Vortragende schilderte die großen Vortheile, welche die Versättigung von trockenen Schnüren bietet und stellte dann den Antrag an die Landwirtschaftskammer, in welchem dieselbe erfuhr, in den Fabriken, wo das System der Trockenschnüre bereits besteht, dasselbe prüfen zu lassen. Dann, wenn sich dasselbe bewährt hat, durch ihre Wanderlehrer auf die Vortheile der trockenen Schnüre hinzuweisen und schließlich dahin zu wirken, daß eine Fabrik in Westpreußen mit der Fabrikation von trockenen Schnüren vorgehe. Der Antrag wurde ohne Debatte angenommen. Herr Generalsecretar Steinheimer erklärte die Bereitwilligkeit der Kammer, sich mit den westpreußischen Zuckerfabriken in Verbindung zu setzen.

Dann begründete Herr Professor Pahig-Marienburg den Vorschlag des Vereins Marienburg, den dortigen Füllensmarkt Anfang Juli abzuhalten. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag des Vereins Marienburg abgelehnt und es soll der Markt nach dem Vorschlage der Pferdezuchtion im Monat August abgehalten werden.

\* [Stadttheater.] Morgen hat der erste Bassist unserer Oper, Herr Rogorski, seinen Ehrentag, an welchem er in dem bekannten reichen Banditen-Duet der Oper "Stradella" den Malvolio singen wird. Dem "Stradella" geht die Oper "Die Bajozzi" voraus. Herr Rogorski hat mit so mancher Fleiß durchge-

arbeitet und schön gesungenen Partie sich ein Anrecht auf die dankbare Anerkennung des Publikums gewonnen. Es wird nur dieses hinweisend bedürfen, um seinem Beneß die Theilnahme der Opernfreunde zu sichern.

\* [Parochial-Verband.] In Folge Beschlusses der letzten Provinzial-Synode hat das königliche Consistorium soeben eine Verordnung erlassen, nach welcher vom 1. April d. J. ab aus den Danziger Kirchengemeinden zu St. Barbara, St. Bartholomäi, St. Katharinen, St. Johannis, St. Marien, St. Salvator, St. Trinitatis, Schötz, Neufahrwasser und Langfuhr ein Parochial-Verband gebildet wird.

\* [Elektrische Beleuchtung.] Gestern wurde die elektrische Verbindung zwischen der Markthalle und dem neuen Fortbildungsschulgebäude an der Großen Mühle, durch welche die gemeinschaftliche elektrische Beleuchtung beider großen Gebäude vermittelt wird, hergestellt.

\* [Preußische Klassentotterie.] Bei der heute Vormittags fortgesetztenziehung der 3. Klasse der 196. königl. preußischen Lotterie fielen:

4 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 7473 123861

132 435 140 756.

5 Gewinne von 1500 Mk. auf Nr. 66 209

153 193 192 382 202 066 207 990.

\* [Stiftung.] Namentlich die weiblichen Mitglieder des "Neuen Danziger Gesangvereins" beabsichtigen für den Steffenspark einen Baum — Eiche oder Linde — zu stiften. Der Tag dafür ist noch nicht festgesetzt. Man nimmt an, daß der Magistrat diese Schenkung gerne accepieren wird.

\* [Der "Westpreußische Männergesangverein"] unter der Direction des Herrn Musikkäfers Otto Lub begeht am Sonnabend, den 20. März, in dem Etablissement des Herrn Selonke am Olivaerthor die Feier des 100. Geburtstages Kaiser Wilhelms I. Das Fest soll aus patriotischen Aufführungen und Gesängen, komischen Vorträgen mit nachfolgendem Tanz bestehen. Der aus der Veranstaltung sich etwa ergebende Ueberdruck ist für das in Danzig zu errichtende Kriegerdenkmal bestimmt.

\* [Keller-Berein zu Danzig.] Am 15. März stand eine Monatsversammlung statt. Der in derfelben erstattete Bericht des Bureauverwalters ergab an vermittelten festen Stellen: an Nichtmitglieder 1, zu Lohnarbeiten an Mitglieder 40, an Nichtmitglieder 43. Ein neues Mitglied wurde aufgenommen. Die Feier des Gründungsfestes nebst Fasnetswieche wurde auf den 22. April 1897 bei Herrn Restaurateur Beyer festgesetzt.

\* [Pferdeseuche.] Unter den Pferden des Gutes Rokoschen ist die Influenza (Brustseuche) ausgebrochen.

\* [Einjährig-Freiwilligen-Prüfung.] Bei der gestern Abend beendeten Prüfung zum einjährig-freiwilligen Dienst auf der hiesigen Regierung haben von sechs Aspiranten drei, und zwar August Neumann, Walter Stanke und Johannes Weinacht aus Danzig das Examen bestanden.

\* [Pferdemusterungen.] In der Zeit vom 24. bis 27. März finden im Kreise Danziger Niederung Musterungen des vorhandenen Pferdebestandes für den etwaigen — j. 3. bekanntlich durchaus fern liegenden — Fall einer Mobilmachung statt, und zwar am 24. März in Al. Jünder und Wohlaff, 25. März in Sandweg und Stutthof, 26. März in Riekswalde, 27. März in Trutinow und Gr. Jünder. Derartige Musterungen finden bekanntlich regelmäßig in längeren Zwischenräumen statt.

\* [Section.] Gestern Nachmittag wurde von Herrn Dr. Steger und Herrn Sanitätsrat Dr. Semon die gerichtliche Obduktion der am Sonntag auf der Straße vor dem "Bürgergarten" in Schidz erloschenen Person vorgenommen, welche ergab, daß die Verstorbenen dem Blutverlust und den anderen Folgen des Stichs in den Kopf erlegen ist.

\* [Unfall.] Beim Getriebewerden stürzte der Arbeiter Toloschitski mit einem gefüllten Sack auf der Planke hin und brach ein Bein. Er fand Aufnahme im Lazarett Sandgrube.

\* [Messerstechen.] Gestern gegen den eigenen Vater.] Der Arbeiter H. machte seinem Sohne wegen einer Ungehörigkeit Vorwürfe, die er antwortete dem Vater mit dem Messer in der Hand, indem er ihm einen langen klaffenden Schnitt im Gesicht beibrachte. H. mußte sich schleunigst in's Lazarett begeben, wo er verbunden wurde. Der 18jährige Messerhelfer wurde verhaftet.

\* [Strafammer.] Ein „zufriedener Mann“ ist der Arbeiter Albert Blockus aus Praust, welcher der Körperverlehrung angeklagt war. Er hatte in Praust den Arbeiter Schwitowski angefallen und so mit einem Messer bearbeitet, daß der Verletzte 6 Wochen im hiesigen Stadtlazareth und noch eine längere Zeit krank in seiner Behandlung zu liegen kam. Der Staatsanwalt beantragte gegen den rohen, bereits bestraften Messerhelden 1 Jahr Gefängnis. Als B. gefragt wurde, was er darauf zu bemerken habe, antwortete er: „Einerstanden.“ Der Gerichtshof war ebenfalls „einerstanden“ und ließ den B. da er schuftverächtig sei, sofort zum Antritt seiner Strafe in das Gefängnis abhören.

Es pflegt selten vorzukommen, daß der Gerichtshof einem Verurtheilten den Rath giebt, durch ein Gnadengefaß an dem Kaiser eine Herabsetzung der gegen ihn erkannten Strafe zu erzielen, da diese nach dem Gesetz nicht niedriger bemessen werden können. Die 25-jährige Arbeitersfrau Marie Koslowsky, geb. Depke, aus Heiligenbrunn ist, weil sie ein Stückchen Holz aus dem Walde genommen hatte, als 14-jähriges Mädchen mit einem Verweise bestraft worden und erhielt dann 10 Jahre später wegen derselben Strafthat einen Tag Gefängnis. Im Herbst v. Js. wurde sie mit einer gestohlenen Kiefernasten betroffen, die einen Wert von 60 Pf. hatte, und zur Anzeige gebracht. Sie ist nach dem Gesetz wegen Diebstahls im wiederholten Rücksale zu bestrafen, für den die Mindeststrafe drei Monat Gefängnis beträgt. Der Vorsitzende sagte der Frau, die Strafe sei hart, aber die mildeste nach dem Gesetz. Vielleicht würde sie durch ein Gnadengefaß an dem Kaiser eine Milderung der Strafe erzielen.

\* [Schwurgericht.] Die geistige Verhandlung gegen den Besitzer Adolf Gustav Rebische aus Recknitz und dessen Mutter Henriette, geb. Graudenz, wegen Brandstiftung wurde Abends gegen 8 Uhr auf heute verlegt. Es wurde zunächst Herr Amtsgerichtsrath Anacker aus Berent vernommen, welcher die Untersuchung geführt hat. Der Zeuge mußte im Saale Platz nehmen, um die einzelnen Zeugen-Aussagen, die oft sehr erheblich auseinandergehen, zu verfolgen. Die Beweisaufnahme erstreckte sich im wesentlichen auf die Vorfälle bei dem Brände. Es wurde allgemein der Ansicht Ausdruck gegeben, daß das Feuer auf dem Hof des Angeklagten angelegt worden sei und der Verdacht hat sich auch bald auf den Angeklagten gelenkt. Die Beweisverhandlung erstreckte sich gestern im wesentlichen auf Indizien, die von geringem öffentlichen Interesse sind.

Heute Vormittag wurde die Beweisaufnahme beendet. Insgesamt sind 40 Zeugen aus dem Heimatorte des Angeklagten vernommen worden, die zum Theil recht belastend für die Angeklagten aussagten. Der erste Angeklagte soll zu einem Zeugen die Anzeigerung gehabt haben: „Wenn das Haus schon brennt, dann kann auch der Stall zum Teufel gehen.“

Ein Zeuge hat dann gesehen, wie er in den Stall ging. Er folgte ihm bis an die Thüre des Stalles und sah gerade noch, daß R. durch ein Streichholz eine mitten im Stalle stehende Garde in Flammen setzte. R. bestreitet dies, er will das Streichholz nur angezündet haben, weil er kürzlich sei und sich im Stalle umsehen wollte. Im übrigen waren die Zeugenaussagen vielfach widersprechend.

\* [Veränderungen im Grundbesitz.] Es sind verkauft worden die Grundstücke: Brunsdöferweg Nr. 16 von dem Töpfermeister Philipp von der Kaufmann Wittmann'schen Cheleute für 40 000 Mk.; Frauenstraße Nr. 9 von Dr. Heldt an das Fräulein Anna Bodanowitsch für 27 000 Mk.; Hückerstraße Nr. 1 von den Schiffsschiffers Cheleuten an die Stepper Waldschiffers Cheleute für 43 000 Mk.; Thornsdorferweg Nr. 12a von dem Kaufmann Westphal an die Witwe Rosalie Rosters, geb. Wienke, für 60 000 Mark; die Anteile von Große Wollwebergasse Nr. 8 und Kleine Wollwebergasse Nr. 5 von der Frau Jacobowski, geb. Scholle, in Marienburg an ihre Schwester, das Fräulein Meta Scholle, für 25 000 Mk.; die Anteile von Rannenberg Nr. 10 und 2. Dammt Nr. 19 von der Witwe Elsche an die Geschwister Ferdinand und Marie Schröder. Der Überlassungspräis von Rannenberg Nr. 10 ist auf 59 000 Mk. und der von 2. Dammt 19 auf 43 000 Mk. angegeben. Ferner ist das Grundstück Fischmarkt Nr. 5 von dem Hornwerker Rädelhoff auf seine Tochter, Frau Marie Wilhelmine Elisabeth Rönneke, übergegangen.

\* [Polizeibericht für den 16. März.] Verhaftet:

15 Personen, darunter: 5 Personen wegen Diebstahls, 1 Person wegen Verdachts des Einbruchs diebstahls, 1 Person wegen Betruges, 1 Person wegen Bedrohung, 1 Person wegen Unfugs, 2 Bettler, 1 Betrunken, 4 Obdachlose. — Gefunden: 1 Kindergummisuhu, 5 Schlüssel am Ringe, 1 kl. Scheere, 1 Armband, 1 schwärmer Wollkragen, abgehauen aus dem Fundbureau der königl. Polizei-Direction, 1 Schleierkappe, 1 Carton und ein Mantel sind am 15. März cr. Nachmittags, dem Dienstmann Friedrich Wilhelm Ewersbach zur Bestellung übergeben. Der Eigentümer ist nicht ermittelt und können die Gegenstände von demselben, Gr. Mühlengasse Nr. 17, 2 Kr., in Empfang genommen werden. — Verloren: Gitterkassenbuch auf den Namen der Valerie Clara Brodtel, 1 leierenes Kreuz, 1 Pfandschein, 1 grüne Börse mit 75 Mk., abzugeben im Fundbureau der königl. Polizeidirection.

### Aus den Provinzen.

\* [Rönitz, 16. März.] Vor dem hiesigen Schwurgericht beginnt morgen die Verhandlung gegen den Lehrer Litz aus Wonzen bei Tiefow, der verdächtigt ist, in der Nacht zum 3. Oktober v. J. im Walde zu Wonzen den Hilfsjäger Sommerfeld erschossen zu haben. Sommerfeld wiede bei dem Jägerbataillon in Ortsburg. Am 1. Okt. v. J. ging er als Oberjäger und trat dann sofort seine Stellung in Wonzen an. Am Morgen des 4. Okt. wurde er erschossen aufgefunden, die Section der Leiche ergab, daß er außer einer tödlichen Wunde in der Brust an der einen Hand zerstochen wurde. Es war angenommen, daß der Gelöbte in Anflog gelegen, bevor er aber zum Schuß kam, ungefähr auf 20 Schritte die erste Schrotladung erhielt, die ihm die Finger zertrümmerete, wegen der dicken Jägerpoppe nicht durchschlagen konnte, ihm aber zu Boden warf. Als der Gelöbte sich aufzurichten wollte, war der Wildbiss ganz nahe an ihn herangekommen und hat nun auf den Förster den zweiten Schuß mit Reihen abgefeuert. Dieser Schuß drang tief in die Brust hinein, nachdem er die übereinandergehängten Überläufe der Poppe durchbohrt hatte. In der Nacht zum 7. Oktober wurde der Angeklagte, der seit einiger Zeit in dem Verdacht des Wildbiss steht, durch einen Gendarmen in Lindenhal im Kreise Graudenz verhaftet. Am Morgen des 8. Okt. nach der Ermordung des Försters war Litz mit seiner Familie von Wonzen nach Lindenhal gereist, um an der Feier des fünfzigjährigen Lehrerbüblums seines Vaters Theil zu nehmen. Auf der Fahrt nach Lindenhal hatte er in Graudenz halt gemacht und ein doppelläufiges Gewehr, dessen Kolben abgebrochen war, seinem in Graudenz wohnhaften Schwager, einem Schlosser, zur Reparatur gegeben. Litz bestreite, die That verübt zu haben. Zu der Verhandlung, die mindestens drei Tage in Anspruch nehmen wird, ist eine große Anzahl Zeugen geladen.

\* [Stolp, 16. März.] Recht Eigenartiges ergab wieder die gestern in der ländlichen Ortschaft Coe abgehaltene Versammlung des "Bauernvereins Nordost". Da die Gaußwirthe im hiesigen Wahlkreise Ordre zu haben scheinen, den "Nordost" nicht aufzunehmen, so räumte der Schmiedemeister Gustav Seitz seine Wohnung ein. Der stellvertretende Amtsvorsteher Herr Rittergutsbesitzer Minde auf Coe eröffnete die Versammlung und wollte dem Einberouser nur eine Redezeit von einer Stunde gewähren. Man protestierte hiergegen unter Berlebung der bezüglichen Bestimmungen des Vereinsgesetzes, indem man annahm, der Amtsvorsteher sei erschienen, um als Polizeibeamter die Versammlung zu überwachen. Die Versammlung wählte hierauf, ihre Selbstständigkeit wahrend, ihr eigenes Bureau aus den Herren Gutsbesitzer C. Bandt-Schmaatz als Vorsitzenden, Gutsbesitzer Alb. Wöhle, Aug. Stark-Coe und Mühlenbesitzer Otto Prechel-Mickrow. Herr Minde mischte sich dann weiter in die Debatte und wollte dem Referenten über die Reihenfolge der zu erörtern den Programmpunkte Vorfürschriften machen. Auch dies wurde unter Hinweis auf die geistlichen Bestimmungen zurückgewiesen. Die Versammlung nahm nun einen ungestörten Verlauf — Eine am Versammlungslokal angebrachte, mit Tannenzweigen geschmückte Ehrenpforte enthielt ein Transparent mit der Inschrift: "Dem Bauernverein Nordost ein herzliches Willkommen in Coe."

\* [Königsberg, 17. März. (Tel.)] Der sozialdemokratische Abgeordnete Carl Schulze, Vertreter der Stadt Königsberg im Reichstage, ist gestern gestorben. Schulze ist am 15. Oktober 1858 zu Steinau a. D. geboren und hat dafelbst die Volksschule besucht. Er war von Hause aus Schlosser und Metallschleifer und dann Cigarrenhändler in Berlin, von wo er auf Grund des Socialisten gesetzes 1886 ausgewiesen wurde. Er ging dann nach Königsberg und übernahm hier eine Restauration. Er wurde 1890 zuerst in den Reichstag gewählt und hat demselben bis zu seinem Tode angehört.

Allenstein, 16. März. Ein Unglücksfall hat sich gestern hier zugetragen. Von dem Schnellzuge, der von Thorn kommt, in Allenstein um 10 Uhr 21 Minuten Vormittags eintrifft, wurde der Streckenarbeiter Carl Lehmann überfahren und sofort getötet. Der Unglücksfall ist nur der eigenen Unvorsichtigkeit des L. zu schreiben. Derselbe war mit mehreren Genossen zu der Ausbesserung schadhafter Stellen des Bahndamms tätig und hatte während einer Ruhepause seinen Spaten unvorsichtigerweise mitten in das Gleise gestellt, das der Schnellzug bei seiner Fahrt auf Bahnhof Allenstein passieren muhte. Als nun der Zug heranbrauste, wrang L. schnell hinzu, um seinen Spaten in

Sicherheit zu bringen. Es gelang ihm jedoch nicht mehr, seine Absicht auszuführen, denn kaum hatte er nach dem Spaten gegriffen, so wurde er auch von der Lokomotive erfaßt.

### Bermischtes.

\* [

